US-Regierung unter Druck

Nigeria soll für Gewalt zur Rechenschaft gezogen werden

Christen in Nigeria werden noch immer verfolgt und massakiert (Symbolbild)
Quelle: Emmanuel Ikwuegbu

Ein Mitglied des US-Kongresses sowie mehrere Befürworter der Religionsfreiheit fordern die Trump-Regierung auf, Nigeria aufgrund der zunehmenden Angriffe auf Christen erneut als «Land von besonderem Interesse» einzustufen.

Unter der Regierung von Joe Biden wurde die Einstufung Nigerias als «Country of Particular Concern» (CPC / «Land von besonderem Interesse») aufgehoben.

Rund drei Dutzend prominente Fürsprecher der Religionsfreiheit haben nun einen Brief unterzeichnet, in dem sie Präsident Donald Trump auffordern, das US-Aussenministerium anzuweisen, Nigeria gemäss dem «International Religious Freedom Act» wieder als Land von besonderem Interesse einzustufen. «In den

vergangenen Jahren haben sich die gewaltsamen Übergriffe, die gezielt gegen ländliche Christen im zentralnigerianischen ‘Middle Belt’ gerichtet sind, massiv ausgeweitet, während die Regierung in Abuja kaum etwas unternimmt, um sie zu schützen», heisst es in dem Schreiben.

Ähnliches Schreiben von Abgeordnetem

Dem Brief zufolge schreibt das US-Gesetz eine CPC-Einstufung vor, wenn ein Land schwere Verstösse gegen die Religionsfreiheit «toleriert» oder selbst begeht. «Die nigerianische Regierung verletzt die Religionsfreiheit direkt, indem sie islamische Blasphemiegesetze durchsetzt, die die Todesstrafe oder langjährige Gefängnisstrafen gegen Angehörige verschiedener Religionen vorsehen. Gleichzeitig duldet sie die anhaltenden Übergriffe militanter Fulani-Hirten auf christliche Bauernfamilien, die offensichtlich darauf abzielen, den Middle Belt gewaltsam zu islamisieren.»

Der Brief folgt auf ein ähnliches Schreiben des republikanischen Abgeordneten Riley Moore. Darin forderte er Aussenminister Marco Rubio ebenfalls auf, Nigeria als Land von besonderem Interesse einzustufen. Hintergrund ist die dramatische Zunahme von Morden, Entführungen und Vertreibungen im westafrikanischen Staat.

«Grausames Massaker»

Die Biden-Regierung hatte die frühere CPC-Einstufung Nigerias 2021 aufgehoben. Erstmals war Nigeria im letzten Jahr der ersten Trump-Amtszeit auf diese Liste gesetzt worden.

Riley Moore verwies auf Angaben einer NGO, wonach in den ersten sieben Monaten des Jahres 2025 mehr als 7’000 Christen in Nigeria getötet worden seien. Auf der Plattform «X» sprach er von einem «grausamen Massaker an unseren Brüdern und Schwestern im Glauben».

In den vergangenen zehn Jahren sind zehntausende nigerianische Christen getötet worden; viele weitere mussten fliehen – infolge des Erstarkens islamistischer Gruppen wie Boko Haram und des Islamischen Staates IS sowie zunehmender Angriffe radikalisierter Fulani-Milizen auf mehrheitlich christliche Gemeinden im Middle Belt.

Einstufungen lauten bis zu «Völkermord»

Die internationale Organisation «Open Doors» warnt seit Jahren, dass in Nigeria jedes Jahr mehr Christen wegen ihres Glaubens getötet werden als in allen anderen Ländern zusammen.

Während einige internationale Beobachter die Gewalt im Middle Belt als religiöse Verfolgung oder gar als Völkermord einstufen, beharrt die nigerianische Regierung darauf, dass die Auseinandersetzungen nicht religiös motiviert seien, sondern auf jahrzehntelangen Konflikten zwischen Bauern und Viehhirten beruhten.

Riley Moore warnte, die USA müssten die Bedrohung durch radikale islamistische Terroristen als religiös motiviert anerkennen: «Wir müssen das religiöse Motiv dieser antichristlichen Gewalt durch radikale islamistische Terroristen klar benennen. Die Vereinigten Staaten müssen unsere Glaubensgeschwister verteidigen. Die Einstufung Nigerias als Land von besonderem Interesse ist das notwendige diplomatische Instrument dafür.»

Weitere gewichtige Aufforderungen

Bereits im Juli hatten Riley Moore und der republikanische Senator Josh Hawley gemeinsam eine Resolution in den Kongress eingebracht, die die Verfolgung von Christen in mehrheitlich muslimischen Ländern verurteilt. In der Resolution werden Nigeria, Ägypten, Algerien, Syrien, die Türkei, der Iran und Pakistan genannt und gezielte Tötungen, Verhaftungen, Kirchenschliessungen und Zwangsbekehrungen angeführt.

Auch der republikanische Senator Ted Cruz brachte einen Gesetzentwurf ein, mit dem nigerianische Regierungsvertreter für ihre Mitverantwortung an den Angriffen der Dschihadisten zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Öffentliche Persönlichkeiten wie der Komiker Bill Maher haben ebenfalls dazu aufgerufen, die Gewalt gegen Christen in Nigeria stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Zum Thema:
Weltverfolgungsindex 2025: Christen im Visier autokratischer Regierungen und Extremisten
Nigeria: 4’000 Christen nach Angriffen von Boko Haram vertrieben
383 Häuser zerstört: Über 60 Christen in Nigeria ermordet

Datum: 01.11.2025
Autor: Anugrah Kumar / Daniel Gerber
Quelle: Christian Post / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

Amerika

Politik

Afrika

Verfolgung